

Presseerklärung

Das furchtbare Geschehen in Siegburg und die daraus folgende anhaltende politische Diskussion geben dem Deutschen Richterbund – Landesverband NRW – Anlass zu folgender Erklärung:

Unzureichende Sicherheit in Vollzugsanstalten, Haftentlassungen wegen überlanger Verfahrensdauer sowie zum Teil Jahre dauernde Strafverhandlungen sind auf einen jahrzehntelangen Prozess der personellen und sachlichen Vernachlässigung der Justiz zurückzuführen. Obwohl in der Justiz nur rund 8,8% der Landesbediensteten arbeiten, entfielen allein in der Zeit von 2001 bis 2004 rd. 34% des landesweiten Stellenabbaus auf sie. Die hieraus folgenden Probleme sind allen Parteien – auch denen, die früher in der Verantwortung waren - seit Jahren bekannt.

Wir fordern die Politik auf, nun endlich auf breiter politischer Basis die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und sich nicht in parteipolitische Grabenkämpfe zu begeben. Zwingend geboten ist eine konzertierte Aktion zugunsten der gesamten Justiz; hierzu muss jetzt der Finanzminister Dr. Linssen die erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen.

Der Vorsitzende des DRB – NRW – Jens Gnisa hierzu:

„Die nun von der Politik beklagten Missstände sind darauf zurückzuführen, dass man die Justiz viele Jahre ausbluten ließ. Es ist niemandem damit geholfen, nun das übliche politische Ränkespiel in Gang zu setzen. Der Bürger erwartet Entscheidungen in der Sache – mögen sie auch in einem so wichtigen Bereich wie dem der inneren Sicherheit Geld kosten.“

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an: ROLG Jens Gnisa 0171/3426655

Der Deutsche Richterbund - Landesverband Nordrhein-Westfalen – ist mit 2.800 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.